

und Protestgeschrei unter. Wenn Ost-Frauen vortrugen, dass sie ihre Ziele gemeinsam mit Männern durchsetzen wollten, die gleichen wütenden Reaktionen. Es war kein Wunder, dass etliche Ost-Frauen sich ziemlich bald aus gemeinsamen Veranstaltungen zurückzogen.

Auf der Ostseite gab es auch Probleme:

Die Ostfrauen waren durchschnittlich jünger, hatten öfter Kinder als die Westfrauen, sie standen vor erheblichen existenziellen Problemen, hatten einen Total-Umbruch ihres Lebens zu verarbeiten. Sie erlebten einen Westen, in dem die Vereinbarkeit von Beruf und Familie keineswegs so selbstverständlich war, wie in der DDR. Für sie waren also andere Themen wichtig und existenziell, als in der West-Frauenbewegung. Sie fühlten sich und ihre Probleme nicht anerkannt von den Westfrauen.

Aber, und das war ihre große Stärke: sie gingen unideologisch, pragmatisch an die neue Lage ran, krepelten die Ärmel hoch, hatten ihr Ziel im Kopf, gingen ohne jede Scheu auf Suche nach Kooperationspartnern, egal aus welchem politischen Lager, egal ob Mann oder Frau. Und darin waren sie sehr erfolgreich, sage ich mit großem Respekt.

Ein Beispiel: etwa Januar 1990 rief mich aus Potsdam eine Frau an. Aus Potsdam!!!! Das war damals seltener als ein Anruf aus Moskau. Diese junge Frau sprach für eine lose Gruppierung von politisch interessierten Frauen: Sie wollten nicht mit dem Demokratischen Frauenbund der damaligen Zeit zusammenarbeiten, sie wollten Kontakt mit der Frauenbeauftragten aufnehmen und gemeinsam mit uns darüber beraten, was sie für Frauen tun könnten und wie sie ein Netzwerk von Frauen aufbauen könnten.

Diese Frauen haben mich sehr beeindruckt: Sie kämpften sich in einer schwierigen Zeit durch die gesamte West-Berliner Verwaltung, bis sie schließlich bei uns landeten, sie verschafften sich schnell Kenntnisse, wie eine Verwaltung funktionieren muss. Es ist vielleicht kein Zufall, dass nicht wenige von diesen Frauen später in der Brandenburger Landesregierung landeten – sie wollten poli-

tisch gestalten, aber nicht in Parteien oder Parlamenten arbeiten.

November 1989 und Folgen für die Frauenbewegung/Reformthemen

Ab November 1989 – das konnten wir fast physisch spüren in den Senatsverwaltungen – spielten plötzlich ganz andere Themen eine Rolle. Alle Reformthemen hatten um Unterstützung zu kämpfen: Das Umwelt-Thema, die Bürgerrechtsthemen, die Gleichberechtigungsthemen, alle wurden auf später verschoben. Innerhalb von wenigen Monaten sackte die öffentliche Relevanz der Frauenbewegung in sich zusammen – es gab nun „wichtigere Themen“.

Plötzlich waren wieder Chauvi-Witze zu hören, ganz unbefangen und öffentlich.

Nun ging es um die Neuverteilung der Ressourcen, des öffentlichen Kuchens, der Stellen, der Infrastruktur, auch für die Frauen. Aber der Kuchen wurde nicht größer, er musste zwischen Ost und West neu verteilt werden, nichts war mehr selbstverständlich, was jahrelang gefördert worden war, scharfe Evaluationen folgten.

Und da kam der Pragmatismus der Ostfrauen zum Zuge: Während die Diskussion in der Westfrauenbewegung sich noch lange empört mit der Frage befasste, ob der Staat seine Förderung überhaupt zurückziehen darf, hatten die Ostfrauen mit vollkommen anderen Themen und mit ihrem Pragmatismus schnell politische Unterstützung gewonnen. Als der Staub der Auseinandersetzung sich nach längerer Zeit legte, war der Osten Berlins ausgestattet mit spannenden innovativen Frauenprojekten, und so manches Frauenprojekt in Berlin-West war dann sehr verdetzt, wenn die Mittel nun sparsamer flossen.

Immerhin: Punktuelle Überparteiliche Kooperation von Ost- und West-Frauen auf Bundesebene.

Aber: Auf der Bundesebene gab es punktuell bei wichtigen Themen auch überparteiliche Ost-West-Zusammenarbeit von Frauen.

Zwei Beispiele für eine solche Zusammenarbeit waren:

Ohne Erfolg – leider - das Thema § 218.

Ein Riesenerfolg - mit überparteilicher Ost-West-Frauen-Kooperation, - war die Ergänzung des Artikels 3 im Grundgesetz, die den bisherigen Artikel ergänzte um einen wichtigen Satz: (2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. **Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.**

Ein Satz, der in seinen Auswirkungen gar nicht hoch genug einzuschätzen ist. Denn: Bis dahin war der Artikel 3 eigentlich ein Verhinderungsmechanismus, der den Staat daran hinderte, etwas für Gleichberechtigung zu tun; konservative Juristen hatten bis dahin immer begründet, dass der Staat keine gezielte Förderung von Frauen vornehmen darf, weil sie das andere Geschlecht benachteilige.

Mit dieser Ergänzung des Artikels 3 wurde der Staat nun verpflichtet, gezielt Maßnahmen zum Abbau von Diskriminierung vornehmen. Das war ein bombastischer Erfolg - an dem auch unsere damalige Justizsenatorin Jutta Limbach entscheidend mitgewirkt hat. Er war das Ergebnis einer solchen überparteilichen Ost-West-Zusammenarbeit, von Frauen und von Männern.

Wie erlebe ich die Zusammenarbeit Ost und West heute?

Bei bestimmten Diskussionen gibt es immer noch Grundunterschiede, auch in der jungen Generation, z. B. in den Rollenbildern. Das Rollenbild einer Hausfrau, einer nichterwerbstätigen Mutter wie in Bayern oder Baden-Württemberg werden Sie nirgendwo in den Neuen Bundesländern finden. Aber auch nördlich des „Weißwurst-Äquators“ wird es immer seltener.

Meine Beobachtung und meine Sorge ist: Eine allgemein zurückgehende Bereitschaft auch von jungen qualifizierten Frauen, sich aktiv in die Politische Gestaltung zu begeben, in Parteien, Berufsverbänden, Gewerkschaften – das gilt im Osten noch mehr als im Westen.

Zu viele der jungen qualifizierten Frauen glauben, dass ihnen alle Wege offen stehen, dass sie nichts mehr zu tun brauchen für mehr Gleichberechtigung. Sie glauben, sich auf den Erfolgen früherer Frauengenerationen ausruhen zu können.

Sie wachen dann auf, wenn sie feststellen, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie mit Kindern immer noch eine schwere Hürde ist, dass viele Väter und Partner nicht eine moderne Partnerschaft leben wollen. Und sie werden aufwachen, wenn sie feststellen, dass die Top-Positionen, die Macht-Positionen noch immer eine Männer-Domäne sind.

Erfreulich ist für mich, dass sich in Ost wie West bei Frauen zunehmend die Bereitschaft zur Netzwerk-Arbeit verbreitet, zur überparteilichen Zusammenarbeit. Wenn ich mir z. B. das Netzwerk des Deutschen Frauenrates, des Landesfrauenrates, der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin ansehe, dann ist das ein großes politisches Potenzial, das aber nicht seiner Größe entsprechend zum Einsatz kommt. Dieses Netzwerk von vielen qualifizierten Frauen in interessanten einflussreichen Positionen quer durch Stadt und Land: Es ist fast eine schlafende Riesin, die auf das große Aufwecker-Thema wartet, *das* Mobilisierungsthema.

Mein Traum wäre: wir starten alle gemeinsam – die Überparteiliche Fraueninitiative, der Deutsche Frauenrat, der Landesfrauenrat, die Frauenverbände der Parteien, die frauenpolitischen Sprecherinnen der Parlamente, eine Initiative, in der wir uns ganz klar gegen die „Herdprämie“ aussprechen! Bayern und Baden-Württemberg werden vielleicht nicht mitmachen, aber der gesamte Rest nördlich der Weißwurst-Linie! Das wäre doch ein Mobilisierungsthema!



Renate Bremmert, (erste) Bezirksfrauenbeauftragte Neukölln, ehem. Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbeauftragter

Kommunale Frauenpolitik im ersten Wendejahr

Nach dem 9. November 1989 kam noch kein Gedanke an ein schnelles Zusammenwachsen auf. Einzelerlebnisse, Diskussionen, Vorträge und gemeinsame Feste prägten den politischen Alltag der ersten Monate. Anrufe und Besuche von Frauen aus der DDR im Frauenbüro, die ersten Teilnehmerinnen in Kursen und Veranstaltungen. Das wechselseitige Informationsbedürfnis war groß. Jede Gruppe wollte als erste eine DDR-Referentin.

Erstaunlich war für mich die schnelle Etablierung einer DDR-Frauenbewegung, die ihren Höhepunkt in der Gründung des unabhängigen Frauenverbandes fand. Die schnell konkretisierten praktischen Forderungen und die Durchsetzung politischer Teilhabe an den *Runden Tischen* waren atemberaubend. Hatten diese Frauen unsere Unterstützung überhaupt nötig? Wie Pilze schossen Gleichstellungsstellen, Frauenzentren, Frauenhäuser und Frauengruppen aus dem Boden.

Schon im Februar 1990 wurde das erste DDR-Frauenzentrum in einer alten Stasi-Villa in Erfurt eröffnet. Wir hatten jahrelang dazu gebraucht: die DDR-Frauen hatten ihr Haus in wenigen Monaten erkämpft.

Es folgte die Zusammenarbeit im Regionalausschuss Berlin/Brandenburg. Hier erfuhren wir erstmals, welche verschiedenen Grundströmungen und Konflikte innerhalb der DDR-Frauenbewegung bestanden. Die gemeinsame Arbeit gestaltete sich allerdings

schwierig, weil durch die demokratischen Willensbildungsprozesse ständig die politischen Akteurinnen wechselten und dadurch die Standorte immer wieder neu geklärt werden mussten. Trotzdem gelang es diesem Gremium, gemeinsam Anregungen zu entwickeln und gemeinsam Forderungen zu erarbeiten. Uns allen war sehr schnell bewusst, dass gerade die Frauen-Ost durch Übernahme unserer Gesetze in vielen Bereichen Rückschritte hinnehmen müssen. Im Laufe der Zeit entwickelten sich auch die kommunalen Kontakte zwischen Ost und West stärker. Immer mehr Frauen kamen mit großem Informationsbedürfnis.

Einen Schritt weiter im Verständnis füreinander brachte ein erstes Treffen der Sprecherinnen der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros mit den aktiven DDR-Frauen aus verschiedenen Parteien und Organisationen im Mai 1990 im Schloss Britz in Neukölln. Wir formulierten gemeinsame Wünsche und Forderungen. Es wurde aber auch deutlich, dass dabei unterschiedliche Wege gegangen werden können oder müssen. Aus dieser Zusammenarbeit heraus entwickelten sich die Vorstellungen für eine eigenständige Arbeitsgemeinschaft der DDR-Gleichstellungsbeauftragten.

Wieder waren die DDR-Frauen sehr schnell: Schon im Juni 1990 gründete sie ihre Arbeitsgemeinschaft mit Programm und vorläufiger Geschäftsordnung. Dabei und im Laufe der intensiveren Zusammenarbeit spielte inzwischen auch der politische Standort eine Rolle. Es kam u. a. die Sorge auf, dass die alte SED-Garde die Stellen der hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten besetzen würden.

Die Wochen vor dem 3. Oktober 1990 waren geprägt von den existenziellen Ängsten, aber auch von der Wut, dass die DDR-Frauen beim Einigungsvertrag nicht beteiligt und berücksichtigt wurden und wieder einmal nur Männer über Frauenrechte entscheiden würden.

Die ständigen Theorie- und Formulierungsdebatten insbesondere der autonomen Frauengruppen West wurden von den Frauen der ehemaligen DDR mit Unverständnis verfolgt. Für sie lag eine Fülle von Problemen auf dem Tisch, die tagtäglich

Tisch, die tagtäglich abgearbeitet werden mussten. Deshalb musste es gemeinsames Anliegen sein, dass sich die hier auftuende Kluft zwischen feministischen Inhalten und Existenzängsten der DDR-Frauen sich nicht vertieft. Nicht nur Frau-West hatte die Frauenbewegung erfunden und für sich gepachtet und damit den allein Seligmachenden Anspruch der „richtigen“ frauenpolitischen Weisheit. Auf der Hut musste Frau-West sein, um nicht überheblich zu sein oder zu wirken; schwer war es für die Frau-Ost, sich nicht bevormundet zu fühlen oder zu werden. Diskussionen der Ost-Frauen über die Öffnung der Frauenzentren auch für Männer oder die Beschäftigung von Männern in Frauenhäusern waren aus Westsicht frauenpolitisch überholt.

Doch jede Bewegung muss ihre eigenen Erfahrungen machen. Zurückhaltung war angesagt

Dazu ein Zitat aus einem Aufruf der Frauen des Neuen Forums an die autonomen Frauen West: „Einem großen Teil der engagierten Westfrauen scheint es gleichgültig zu sein, ob sie außerhalb ihrer Zusammenhänge verstanden und ihre Forderungen akzeptiert werden – uns nicht.“

Die verständlichen Ängste der westlichen Frauenbeauftragten, dass die schwer erkämpften Mittel für Frauenprojekte zu Gunsten der ehemaligen DDR gekürzt werden, durften nicht zu einem Auseinanderdividieren der beiden Frauenbewegungen führen.

Wenn sich bei den Frauen-West öfter Unverständnis über die allzu große Ungeduld und die vielschichtigen Ansprüche der Frauen – Ost zeigte, so musste bedacht werden, was es bedeutet, die Sicherheit des Lebens zu verlieren und zu wissen, dass das gesamte Leben neu gestaltet werden muss und geprägt sein wird von unbekanntem Gesetzen, Verpflichtungen und Erwartungen.

Orientierung an gemeinsamen politischen Zielen, gegenseitige Unterstützung und Zusammenarbeit war das Gebot der Stunde. Nicht ein feministisches Weltbild war gefragt, sondern gemeinsame Forderungen mussten im Vordergrund stehen, basierend auf den unterschiedlichen politischen aber

im privaten eigentlich gemeinsamen Lebenserfahrungen.

Im Vorfeld der Diskussionen zum Staatsvertrag forderten die Ost- und West-Frauen gemeinsam, dass:

- die finanziellen Zuwendungen an die Länder der ehemaligen DDR zu 50% an Frauenmaßnahmen gehen müssen.
- Qualifizierungsmaßnahmen quotiert zur Hälfte an Frauen vergeben werden.
- Kinderbetreuungseinrichtungen erhalten und verbessert werden.
- an Fort- und Umschulungsmaßnahmen Frauen anteilmäßig zu beteiligen sind.
- bei der Vergabe von Untersuchungen oder Studien über die DDR, Frauen beteiligt werden.
- Frauen ermutigt werden, ihre Rechte in Anspruch zu nehmen.
- männliche Berater aus Westverwaltungen in Frauenprojekten und bei Gleichstellungsreferaten nichts zu suchen haben
- politische Mandate von DDR-Frauen allein in Anspruch genommen werden und sie nicht der Hilfe ausgedienter männlicher Westfunktionäre bedürfen.
- der § 218 ersatzlos zu streichen ist.

Die Einrichtung von „Frauenpolitischen Runden Tischen“ erleichterte Information, Kooperation und politische Aktionen. Am vorrangigsten war die Vernetzung der Frauenarbeit in Ost und West, d. h. es musste ein Informationsnetz der kommunalen Gleichstellungsstellen aufgebaut werden. Die gegenseitige Kontaktaufnahme der Sprecherinnen der BAG und der ehemaligen DDR hatte im Schloss Britz begonnen, wurde durch ständige Kontakte und Absprachen intensiviert und in dem vorbereitenden Treffen für einen Zusammenschluss beider Arbeitsgemeinschaften Anfang Oktober 1990 in Erfurt manifestiert. Bei der Bundeskonferenz im November in Kiel wurde dann ein gemeinsames Sprecherinnengremium aus Ost und West in einer gemeinsamen Bundesarbeitsgemeinschaft gewählt.



Dr. Sibyll Klotz, Gründungsmitglied des UFV, Gründungsmitglied der Überparteilichen Fraueninitiative, ehem. Fraktionssprecherin B90/Grüne, Bezirksstadträtin Tempelhof-Schöneberg

Auszug aus dem Interview auf der CD "Stimmen zu frauen sichten politik" (Audiotranskript)

„Ich hätte mir also gewünscht, dass diese Seite Reflexion und Psychologie (Westen) zusammengeführt werden kann mit dem materiell emanzipierten selbständigen Leben von Frauen in der DDR.“

[...] Die wichtigste Erwartung war für mich damals, dass wir zwei Dinge zusammen bringen: Das gelebte Leben Ost und das gelebte Leben West, die Frauenbewegung Ost und die Frauenbewegung West.

Ich hätte mir gewünscht, dass wir zusammenbringen das Maß an erreichter Gleichberechtigung, das Frauen im Osten hatten durch die schlichte Tatsache, dass sie ökonomisch weitestgehend unabhängig waren, weil versehen mit einem eigenen Einkommen, immerhin 40 Prozent des Familieneinkommens, dass sie zu einem hohen Grad berufstätig waren, dass wir dieses Maß an gelebter Gleichberechtigung - bei allen unbestreitbar patriarchalen Strukturen, die wir in der DDR hatten - dass wir das zusammenbringen mit dem, was im Westen mit *Das Private ist politisch* zu überschreiben ist. Mit all der Reflexion, Debattenkultur, Literatur, Frauenliteratur und -filmen, der Diskussion, die auch zwischen Frauen und Männern gelaufen ist, also nicht nur: Ein Gesetz verabschieden oder eine Handlungsanweisung vorlegen, sondern im persönlichen Leben

ausfechten, wie man das eigentlich umsetzt. [...]

Diese zwei Seiten einer Medaille zusammen zu bringen, das hätte ich mir gewünscht. Und dass das - ich will nicht sagen - nicht gelungen ist, aber dass es offensichtlich Jahrzehnte dauert, das finde ich eigentlich enttäuschend. [...]

Denn ich finde wirklich, es gehört Beides zusammen. Man braucht Gesetze, man braucht Strukturen, man braucht gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, man braucht ökonomische Unabhängigkeit, Kinderbetreuung, das braucht man alles. Aber man braucht auch die Auseinandersetzung darüber [...].

Denn diese ganzen Verhältnisse in der DDR haben ja nicht dazu geführt, dass es wirklich gleichberechtigt zugeht. Es gab es doch eine ausgesprochen traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung. Dieser Teil der Emanzipation in der DDR hat gefehlt. Und im Westen hat der Teil der Emanzipation gefehlt, den wir hatten durch ökonomische Unabhängigkeit, Kinderbetreuung etc.

Aber: Wir waren auch neugierig aufeinander, ich habe viele persönliche Freundschaften geschlossen in dieser Zeit, tolle Frauen aus dem Westen kennen gelernt, genauso wie das Frauen aus dem Westen umgekehrt sicher auch sagen werden. Trotzdem glaube ich, dass die Vorstellungen voneinander nicht der Realität entsprochen haben.

Es hat ja dann auch verhältnismäßig schnell gescheppert [...]. Sie werden ja die Geschichten schon gehört haben vom Ost-West-Frauenkongress in der Werner-Seelenbinder-Halle, wo es um die Frage der Berichterstattung ging: Die Westfrauen wollten den männlichen Kameramann rauschicken [...], weil sie eine Kamerafrau haben wollten. Na, das haben wir ganz anders gesehen, das haben die Ostfrauen ganz anders gesehen: Die fanden das zwar auch nicht in Ordnung, dass nicht die Kamerafrau geschickt wurde und haben gesagt, beim nächsten Mal hätten wir das aber gern, aber sie waren so pragmatisch und haben gesagt: „Wir verzichten doch jetzt nicht auf 'ne Berichterstattung über das, was hier stattfindet.“ Das waren die

unterschiedlichen Auffassungen und da hat man sich schwer aneinander gerieben [...]

Vieles ist nun Geschichte und vieles war auch der Übergangszeit geschuldet. Und nun ist es ja 20 Jahre her. Aber ich glaube, dass manche Verletzung und manche Enttäuschung aus dieser Zeit sicher noch lange nicht aufgearbeitet ist.

Das schöne Erlebnis fand auf dem Alexanderplatz statt. Ich habe ja noch kurz vor der Wende eine Dissertation geschrieben über August Bebel „Die Frau und der Sozialismus“ und die Rezeption im Westen und in der DDR und ich bin natürlich nicht an die bundesrepublikanische Literatur für diese Arbeit ran gekommen. Manches konnte ich gar nicht lesen, Manches habe ich mir für ein Heiden geld zum Umtauschkurs 1:13 besorgt, z. B. die Biografie von Brigitte Seebacher-Brandt über Bebel [...].

Und dann lauf' ich über den Alexanderplatz. Das muss noch Ende 1989 oder Anfang 1990 gewesen sein. Und da haben der Wagenbach-Verlag und der Rotbuch-Verlag unter den S-Bahnbögen ein riesengroßes Angebot mit Büchern zum Verkauf ausgebreitet. [...] Ich habe mir dann ein paar hundert Ostmark abgeholt und bin ich mit zwei großen Tüten vollgestopft mit Büchern abgezogen, [...] die ich schon seit langem unbedingt mal lesen wollte. Manche habe ich bis heute nicht gelesen, weil ich einfach die Zeit nicht hatte, aber ich habe sie voller Besitzerstolz nach Hause getragen und war überglücklich, endlich nicht mehr vorgeschrieben zu bekommen, was man lesen darf [...] Das waren schöne Erlebnisse.

20 Jahre Frauen Ost und West: Erkenntnisse und Aussichten

Carola von Braun: Wir begrüßen mit großer Freude Bundestagspräsidentin a. D., die erste Frauenministerin der Bundesrepublik (West), Frau Prof. Rita Süßmuth.

Ihre Vita, ihre Ehrungen, die Institutionen, in denen sie immer noch eine gefragte Ratgeberin ist, sind zahllos – deshalb möchte ich an dieser Stelle nur eines sagen:

Wir begrüßen eine Wissenschaftlerin, Politikerin, die ihr ganzes politisches Leben lang immer klar für ihre Überzeugungen und für Frauen eingetreten ist, auch wenn das manchen in unserer Gesellschaft nicht gepasst hat und nicht passt.

Mit dem Vortrag von Prof. Süßmuth treten wir ein in den zweiten Teil unseres Kongresses, der danach fragt, welche Erkenntnisse und Aussichten ziehen wir politisch aus den letzten 20 Jahren als Frauen in Ost und West?



Prof. Dr. Rita Süßmuth CDU, Bundestagspräsidentin a. D., Bundesfrauenministerin a. D.

Audiotranskript des Interviews auf der CD „Stimmen zu frauen sichten politik“

„Endlich sind wir zusammen, wir können uns treffen, wir können mehr bewegen.“

Ich war überwältigt durch diese Öffnung. Aber als Frauenunion haben wir sehr rasch gesagt, was tun wir jetzt? Wir müssen zueinander finden. Und die ersten Begegnungen waren auch nicht angeordnet nach Ost-CDU, sondern das war breit gestreut. Und das Erfreuliche war, da gab es noch sehr viel leb-

hafte Erwartungen, positive: Endlich sind wir zusammen, wir können uns treffen, wir können mehr bewegen.

Ich muss sagen, dass dann - jedenfalls in den Begegnungen der Frauen innerparteilich, aber auch darüber hinaus - etwas einsetzte, was mich tief betroffen gemacht, verunsichert hat. Denn die Frauen redeten nicht. Es gab überwiegend Dankbarkeitsbekundungen. Und auf der anderen Seite habe ich erlebt, wie selbstbewusst unsere Frauen waren: „Jetzt übernehmt ihr alles, was wir gemacht haben.“ Heute weiß ich, wie sehr sie das zum Schweigen gebracht hat. Denn sie kamen ja eigentlich nicht vor.

So das ist das Eine, das zweite was ich sagen möchte, ist: Ich hatte ja in meiner Ministerzeit die große Enttäuschung, dass ich zwar ein neues Kinder- und Jugendhilferecht geschaffen hatte, aber das Recht auf einen Kindergartenplatz hatten wir nicht durchbekommen. So dass ich nun hoffte, gemeinsam sind wir stärker und das schaffen wir jetzt auch.

Das betraf auch die Frage, finden wir einen menschlich verantwortlichen Kompromiss in der 218-Frage, wo wir weit auseinander lagen. Ich möchte hier sagen: Zu den erfreulichen Ergebnissen gehört, dass die Frauen aus Ostdeutschland entscheidend beigetragen haben zur Weiterentwicklung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, weil es für sie eine Selbstverständlichkeit war. Sie erinnern sich, wir haben erst 1992 das Recht auf einen Kindergartenplatz durchgesetzt. Erfreulich war, dass eben auch auf Grund der positiven Einstellung von Politikerinnen hier in den Einigungsvertrag aufgenommen worden ist, dass eine Regelung zum Schutz des ungeborenen Lebens gemeinsam erarbeitet wird. Das haben wir gemeinsam gemacht.

Es gibt dann eine dritte Erfahrung, die ich gerne einbringen möchte, die tiefergehend war und wo ich auch erst gerungen habe um Verständnis. Die Frauen aus den östlichen Bundesländern standen unserer Frauenbewegung ganz fremd gegenüber. So nach dem Motto: Ihr erzählt uns etwas von Dingen, die hatten wir längst überwunden. Wir brauchen keine Frauenbewegung mehr. Wir hatten all die Rechte, die ihr nicht hattet. Wir konnten

ein selbstbestimmtes Leben führen. Und das hat dann doch einer tieferen Auseinandersetzung bedurft, was denn diese größere finanzielle Unabhängigkeit für ihre wirkliche Teilhabe bedeutete. Denn natürlich konnten sie argumentieren: Wir waren im Universitätsstudium, in den Fragen Männer-/ Frauenberufe, technische Qualifikationen weiter als ihr. Aber sie waren nicht politisch-demokratisch weiter als wir.

Also das war ein schwieriger Annäherungsprozess, zunehmend haben wir uns dann aber doch einander angenähert. Auch weil sie spürten, als es dann um die politische Beteiligung ging, da sah man nichts mehr von Beteiligung. Also im Bundestag war's dann zwar so, dass die PDS das praktizierte, aber ansonsten blieb da viel auf der Strecke.

Ein Beispiel dafür: Die Frauen in der Union in Ostdeutschland hatten wenig Verständnis für meine Quotenforderung, was das eigentliche sollte, das bräuchten sie nicht mehr. Sie erinnern sich, dass Angela Merkel sich mit dieser Quote sehr schwer getan hat, sie auch abgelehnt hat, während sie dann als sie Kanzlerin war, sagte "Ich war wirklich sehr dagegen. Ich hab aber inzwischen gelernt, wie notwendig sie war."

Ein ganz besonderes Erlebnis war für mich als ich mit der damaligen - sie war ja zugleich auch Staatpräsidentin und Parlamentspräsidentin - Frau Bergmann-Pohl nach Israel reiste. Und natürlich können sie sagen: Das war Symbolpolitik, wenn zwei Frauen nach Israel reisen, aber es war zum einen das Miteinander und, sie erinnern sich die frühere DDR hatte ja das Gefühl, dass sie die entscheidende Repräsentantin für Israel-Politik war, was sie nicht war. Da hab ich erlebt, dieses Miteinander zeigen, da betreten wir jetzt gemeinsamen Boden, auch in der Anerkennung Israels. Das war ein ganz bewegendes Erlebnis. Und so kann ich nur sagen, die vielen Begegnungen vor Ort haben mich dem Frauenalltag und dem Frauenverständnis in Ostdeutschland viel nähergebracht.

**20 Jahre Frauen Ost und West –
Erkenntnisse und Aussichten:
Wissenschaft**



Prof. Hildegard-Maria Nickel, Zentrum für Interdisziplinäre Geschlechterforschung, Humboldt-Universität

1. Zeitzeugenschaft und Deutungskonflikte

In Vorbereitung auf heute habe ich in Dokumenten nachgeschlagen. Ein Tagebuch über die Wendeereignisse habe ich bedauerlicherweise nie geführt. Heute ertappe ich mich dabei, dass ich meine persönlichen Erinnerungen weich zeichne, selektiere, auch verdränge, schleichend vergesse. Zuweilen schieben sich Deutungen, Bilder anderer vor meinen persönlich erlebten Film und verändern ihn. Nur selten bemerke ich diesen latenten Umdeutungsprozess.

Dorothee Wierling, die Essener Ethnologin und Historikerin, überschreibt einen Aufsatz über Zeitzeugenschaft und Deutungskonflikte nach dem Ende der DDR mit dem Titel „Lob der Uneindeutigkeit“ (Wierling 2008): Die – so stellt sie fest – vom Westen beanspruchte Deutungshoheit über das Ende der DDR führte bei vielen ostdeutschen Intellektuellen, die nicht mit der Vergangenheit, sondern mit einer unübersichtlichen Gegenwart und mit ihren Ängsten vor einer unsicheren Zukunft beschäftigt waren dazu, dass sie – gekränkt über die schnellen Urteile

über die DDR – sich trotzig mit ihr zu identifizieren begannen. (Wierling 2008: 104) Weil auch mir dieser Mechanismus nicht fremd ist, greife ich also auf Dokumente zurück, die spiegeln, wer ich 1989 war, was ich vor 20 Jahren gedacht habe und politisch wollte.

Ein sehr aufschlussreiches Dokument findet sich in den Feministischen Studien 1/1990. Das Heft zum Thema: „Zwischenzeiten – Frauenforschung aus der DDR“ enthält eine Diskussion mit fünf DDR-Wissenschaftlerinnen, Autorinnen des Heftes – darunter ich selbst –, die seit 1980 einem halboffiziellen feministischen Arbeitskreis, der von Irene Dölling initiiert und geleitet worden ist, angehörten. Wir waren kritischer Teil der „intellektuellen Dienstklasse“ der DDR, keine Dissidentinnen und „Oppositionellen“. Wir wollten die DDR verändern, sie geschlechtergerechter gestalten, freier, demokratischer, offener, wir wollten sie nicht abschaffen! Die Dokumentation der Debatte ist treffend mit „Atemschwelle - Versuche, Richtung zu gewinnen“ überschrieben. Sie fand am 20. Januar 1990, also zwei Monate nach dem Fall der Mauer statt. Die Herausgeberinnen dieses Heftes, Regine Othmer-Vetter und Annemarie Tröger, fragten nach Veränderungen am Arbeitsplatz und in den jeweiligen Parteiorganisationen, nach Frauenforschung und Frauenbewegung in der DDR, schließlich auch nach bewahrenswerten Werten des Sozialismus: „Auf die Frage, welche ökonomischen, sozialen und kulturellen Werte des Sozialismus für die Zukunft zu bewahren seien (mochten sich unsere Gesprächspartnerinnen) nicht einlassen“ (Othmer-Vetter/Tröger 1990: 90). Sie interpretierten das als Beleg dafür, dass binnen kurzem „Wünsche und Hoffnungen“ der Befragten zerstört worden seien. Das kann man so sehen.

Man kann das Streitgespräch aber auch anders lesen: Es ging darum, welche Erfahrungen wir, die Befragten, mit dem realen Sozialismus gemacht hatten, um eigenes Versagen und darum, dass der Realsozialismus uns auf unterschiedliche Weise „geschleift“ hatte. Für uns alle war es nicht an der Zeit, abstrakt und theoretisch über „bewahrenswerte Werte des Sozialismus“ zu reden, auch wenn wir es – wenn man den Text genauer liest – dennoch taten. Aber anscheinend

haben wir nicht den auf die DDR (und ihre starken Frauen) projizierten Erwartungen der Interviewerinnen entsprochen. Das aber sagt auch etwas über enttäuschte Hoffnungen und Wünsche unserer West-Kolleginnen in Bezug auf die DDR aus. Es ist ein Beispiel für „mit Geheimtinte geschriebene Subtexte“ (Wierling 2008:113) und Deutungskonflikte. Wierling ist zuzustimmen, wenn sie auch noch 2008 fordert: „Der Raum für Uneindeutigkeit muss weiter verteidigt werden“ (Wierling 2008: 113). Nur so können wir uns einer demokratischen Deutungskultur annähern.

Ganz in diesem Sinne spreche ich hier nicht für „die“ Wissenschaft und maße mir nicht „die“ wissenschaftliche Deutungshoheit über die vergangenen 20 Jahre an, sondern erzähle eine, meine Deutungsgeschichte.

2. Das Jahr 1989: Erfolge und Probleme

Kritische Frauenforschung und Ost-West-Asymmetrien

Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre entwickelten sich in der DDR – isoliert, nicht vernetzt, nicht koordiniert, nicht öffentlich – erste feministische Ansätze im universitären akademischen Feld: Das gilt für die Kulturwissenschaft, die Soziologie, die anglistische und germanistische Literaturwissenschaft und die Theologie (Jähnert 2009). Alle diese Entwicklungen wären ohne den literarischen Feminismus, wie er von Schriftstellerinnen wie Maxie Wander, Intraud Morgner, Christa Wolf, Helga Königsdorf u. a. vertreten worden ist, undenkbar gewesen. Damit aber gab es – und das gilt in besonderem Maße für die Berliner Humboldt-Universität – Ansätze zu einer nach dem Fall der Mauer anschlussfähigen Frauenforschung und 1989 war, wie es Dölling (1999) formuliert, nicht die Stunde Null. Das erlaubte es uns auch, bereits im Dezember 1989 das Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung an der HU zu gründen, das eine wichtige strukturelle Bedingung dafür war, dass 1997 der bundesweit erste Magister-Studiengang Gender Studies an der HU eröffnet werden konnte. Die ostdeutsche kritische Frauenforschung kam allerdings aus einer im Vergleich zum Westen anderen Wissenschaftstradition und fühlte sich – so Dölling – einer Herangehensweise

verpflichtet, die ihren Schwerpunkt in der Erforschung struktureller gesellschaftlicher Ursachen für Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern sah.

Auch wenn diese Generalisierung vielleicht nicht für alle oben genannten Fächer zutrifft, so scheint zumindest für die sozialwissenschaftlich orientierte Geschlechterforschung zu gelten, dass sie den diskurstheoretischen, vornehmlich auf die soziokulturelle Konstruktion von Zweigeschlechtlichkeit und Identität fokussierten Debatten, die die westdeutsche Gendertheorie der letzten Jahre maßgeblich bestimmte, skeptisch gegenüberstand. Schon der erste große Ost-West-Frauenkongress im April 1990 in Berlin machte unterschiedliche Denktraditionen deutlich, die es wert gewesen wären, kritisch aufgearbeitet zu werden: Beispielsweise zeigte sich damals ein sehr unterschiedliches Verständnis von Autonomie in Ost und West. Pochten die einen auf ihre Erwerbsintegration als Voraussetzung für soziale und wirtschaftliche Unabhängigkeit, betonten die anderen Autonomie im Sinne der Abgrenzung von männlich-patriarchalen (Erwerbs-)Strukturen. Wollten die einen Männer in die Veränderung von Strukturen, die Frauen betrafen, einbeziehen, beharrten die anderen auf ihren feministischen Grundsatzpositionen, die auf Selbstbestimmung und Selbstvertretung zielten und die die eigenen Ausgrenzungserfahrungen u. a. mit einem weitgehenden Ausschluss der Männer aus dem Geschlechterdiskurs beantworten.

Ilse Lenz bezeichnet die Phase, die 1989 für die Frauenbewegung in Deutschland begann, als „Phase der Internationalisierung, Vereinigung und Neuorientierung“ (Lenz 2008: 33 ff.). In der diskursiven Dimension ging die Frauenbewegung „allmählich reflexiv von der Betonung der *Frauenanliegen* zu *Geschlechterfragen* über.“ (ebenda) Mit den ostdeutschen Frauen erweiterte sich auch ihre Trägerschaft „um viele Mütter in Vollzeitberufstätigkeit, die ökonomische und persönliche Eigenständigkeit selbstverständlich fanden und verteidigen wollten“ (Lenz 2008: 34). In ihrer Praxis orientierten sich die institutionellen Flügel – so Lenz – auf Macht und Zielerreichung durch Gesetzgebung (Lenz 2008: 867). In der Begegnung von Ost-

und West-Feministinnen gab es allerdings neben der Debatte über gemeinsame Problemlagen auch eine Reihe von Missverständnissen.

Der Diskurs über die Geschlechterfrage ist auch in der wissenschaftlichen Reflexion nicht frei von soziokulturellen Gefühlslagen und findet seit der deutschen Vereinigung im Rahmen einer „Dominanzkultur“ (Rommelspacher) statt, die soziale Hierarchie zuungunsten der Hinzugekommenen impliziert.

Allein die Zahlenverhältnisse von Ost- und West-Akademikerinnen im universitären Raum sind Indikator für diese „Dominanzkultur“: An der HU beispielsweise lag 1993 – also nach „Abwicklung“ und erfolgter „Personalerneuerung“ – der Ost-Anteil der Neuberufenen bei unter 20%: Erziehungswissenschaft 11,1%, Sozialwissenschaft 15,4%, Rechtswissenschaft 16,7%, Geschichte 20%. Die ostdeutsche Frauenquote ist dabei noch gar nicht erwähnt. Die wenigen ostdeutschen Frauenforscherinnen in akademischen Positionen lassen sich an einer Hand abzählen. Diese numerischen Asymmetrien werden darüber hinaus durch einen westdeutschen Theorietransfer (Texte und Analysen) begleitet, der Deutungen impliziert, die in der westeuropäischen Moderne ihren Ursprung haben. (Miethe 2005).

Mit dieser kritischen Bilanz will ich nicht einer zum Teil von Ostdeutschen „ritualisierten Opferhaltung“ (Miethe) das Wort reden, sondern ich will darauf aufmerksam machen, dass auch im feministischen bzw. frauenpolitischen Kontext manches erst noch aufzuarbeiten und zu reflektieren wäre (Nickel 2001; Miethe 2005). Auf beiden Seiten gibt es anscheinend auch narzisstische Kränkungen, die den Diskurs belasten: Müssen die einen verarbeiten, Verliererinnen im historischen Vergleich der Systeme gewesen oder einfach auf der falschen Seite geboren worden zu sein, könnte die anderen kränken, dass sie nicht Akteure, sondern bloß mehr oder weniger kritische Zuschauerinnen des gravierenden Jahrhundertereignisses waren, das heute „friedliche Revolution“ genannt wird (Finger 2009).

Für beide Seiten könnte es daher nützlich sein, den „methodologischen Nationalismus“ zu überwinden, d. h. die feministische Perspektive zu weiten und auf ein Drittes zu richten. Der Blick nach Mittel-Osteuropa ist z. B. eine solche Herausforderung. Er könnte helfen, dem (deutschen) Selbstbezug der (feministischen) Debatte eine produktive Wendung zu geben.

Schließlich ist mit dem Fall der Mauer auch der „Ostblock“ keine Region mehr, die sich hinter einem eisernen Vorhang befindet. In den innerdeutschen feministischen und frauenpolitischen Reflexionen ist das m. E. noch nicht durchgängig angekommen.

3. Frauen sichten Politik in Mittel-Osteuropa – Ein Beitrag zur Re-Politisierung der Feminismusdebatte?

Zu Stand und Entwicklung der Gleichstellung der Geschlechter in Mittel-Ost-Europa liegen mittlerweile eine Reihe von allerdings in der Feminismus-Debatte kaum beachteten empirischen Studien vor. Recht eingehend sind die Veränderungen in Bezug auf die Arbeitsmarktpartizipation von Frauen und Männern untersucht worden (Steinhilber 2003; Auth 2009; Krizková/Nagy/Mrcela 2009). Frauen wurden zumeist als „die Verliererinnen des Transformationsprozesses“ angesehen, da ihre Erwerbsbeteiligung deutlich zurückging und Frauen von der wachsenden sozialen Ungleichheit und Armut (Steinhilber 2009) besonders betroffen sind.

Inzwischen sind einige vertiefende Analysen entstanden, die darüber hinaus zeigen, dass das pauschale Bild der „Verliererinnen“ differenziert werden muss (Nickel 2001; Schenk 2003; Klenner/Leiber 2009; Kolinsky/Nickel 2003). Nicht in allen Ländern und allen Erwerbsfeldern verliefen die Entwicklungen gleichmäßig, auch wenn feststeht, dass für Frauen zahlreiche spezifische Risiken wie Langzeitarbeitslosigkeit, erschwelter Einstieg nach der Geburt von Kindern und Dequalifizierung bestehen und der insgesamt erreichte „Gleichstellungsvorsprung“ (Geißler 1992)³ in den ehemals sozialistischen

³ „Gleichstellungsvorsprung“ ist ein soziologischer Terminus, der an der höheren Erwerbsintegration von Frauen, an ihrer beruflichen Qualifikation und an ihrer

Ländern nicht gehalten werden konnte. Eine Reihe von Fragen ist geschlechtertheoretisch und -politisch noch gänzlich ungeklärt.

Einige Beispiele: Wie wirken die konkreten marktwirtschaftlichen Bedingungen und die durch die Finanzkrise forcierten Prekarisierungsprozesse im Zusammenspiel mit nationalen Spezifika von Sozialpolitik und Familie im Einzelnen auf Genderregime? Inwiefern werden diese Entwicklungen durch vor 1989 bestehende Ungleichheiten und nationalspezifische Traditionen geprägt? (Klenner/Leiber 2009) Und welchen Einfluss haben diese Entwicklungen auf die europäische Geschlechterpolitik und auf Europa als ein Kulturraum?

Angesichts zunehmender gesellschaftlicher Probleme und Widersprüche hat die renommierte Politikwissenschaftlerin Nancy Fraser die Diagnosefähigkeit des Feminismus und der neuen Frauenbewegung heftig kritisiert (Fraser 2009). Auch wenn man ihr nicht in jeder Hinsicht zustimmen muss, hat sie Herausforderungen formuliert, die die gesellschaftstheoretische Analysefähigkeit des Feminismus betreffen. Der gesellschaftliche Transformationsprozess, der eben nicht nur Ost- und Mitteleuropa betrifft, sondern längst Westeuropa erfasst hat, ist m. E. in der bundesdeutschen feministischen Forschung noch nicht seiner tatsächlichen Relevanz entsprechend angekommen. Hier eröffnen sich Fragen im Sinne eines Forschungsprogramms, das hoffentlich von der jungen Akademikerinnengeneration bearbeitet wird.

Alle bisher vorliegenden komparativen Studien zeigen: Die einseitige Orientierung der (EU-) Politik auf Arbeitsmarktintegration von Frauen macht Gleichstellungsfortschritte in ökonomischen Krisensituationen sehr anfällig. Beständigere Wirkungen im Sinne von Geschlechterdemokratie zeigen sich dort, wo Anliegen der Zivilgesellschaft im individuellen und öffentlichen Bewusstsein seit längerem verankert sind und der Gleichstellungsansatz sozialpolitisch abgestützt

größeren Unabhängigkeit vom männlichen Ernährer festgemacht wird.

wird. Trotz aller Risiken und Probleme, die es auch hier gibt, ist neben Slowenien (Krizková et. al. 2009) anscheinend Ostdeutschland ein Beispiel dafür. In einem Land wie der DDR, wo sich die Einstellungen zu Geschlechterrollen bereits vor dem Mauerfall nachhaltig modernisiert hatten (Dölling 2005) und Anfang der 1990er Jahre keine breite Akzeptanz für eine Retraditionalisierung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung bestand (Klein 2009), waren die Chancen größer, sozialpolitische Einschnitte, wie die Einschränkung der öffentlichen Kinderbetreuung, abzuwehren. Klenner/Leiber (2009) vermuten, dass das nicht nur deshalb gelang, weil Ostdeutschland dem ökonomisch vergleichsweise starken Westdeutschland „beitrat“, sondern die ostdeutsche Bevölkerung sich für den Erhalt des Systems öffentlicher Kinderbetreuungseinrichtungen und das ihnen vertraute modernisierte Geschlechterarrangement einsetzte.

Gleichwohl wissen wir alle: Die vergangenen 20 Jahre sind frauenpolitisch nicht schlicht als deutsche Fortschrittsgeschichte zu erzählen. Das wäre weder aus ost- noch aus westdeutscher Sicht angemessen. Ostfrauen – um bei meinem auch biografisch bedingten Fokus zu bleiben – werden kaum die Verletzungen und existenziellen Verunsicherungen abtun können, die ihnen „Abwicklung“, Entwertung ihrer Ausbildungsabschlüsse – mehr noch ihrer Biografien – und Ab-, bzw. Umbau der Erwerbsstrukturen in den neuen Bundesländern zugefügt haben.

Die Besonderheit der westdeutschen Moderne liegt – wie Ute Gerhard zurecht feststellt – unter anderem gerade darin, dass sie sich in der Gleichberechtigung der Geschlechter immer wieder eine Verspätung leistet und ihr die nachholende Entwicklung einer geschlechtergerechten Gesellschaft nur zögernd gelingt. (Gerhard 2008) Ost-Frauen haben das in den vergangenen 20 Jahren schmerzhaft erfahren.

Dieses Dilemma von ostdeutschem „Gleichstellungsvorsprung“ (Geissler 1992) und einer institutionell noch immer am männlichen Ernährer orientierten westdeutschen Moderne scheint die junge ostdeutsche Frau-

engeneration, wie aktuelle Befunde zeigen⁴, allerdings auf eigene Weise zu bearbeiten.

Auch in der kritischen Debatte dieser sehr ambivalenten Entwicklungen liegt eine Herausforderung für eine Re-Politisierung oder – wie es Cornelia Klinger formuliert – für einen „social (re)turn“ (Klinger 2003) des Feminismus.

Literatur

Auth, Diana (2009): Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterverhältnisse in Mittel- und Osteuropa. In: Klenner, Ch./Leiber, S. (Hg.), a. a. O., S. 35-57

Dölling, Irene (2005): Ostdeutsche Geschlechterarrangements in Zeiten des neoliberalen Gesellschaftsumbaus. In: Schäfers, E. et. al. (Hg.): Irritation Ostdeutschland. Geschlechterverhältnisse in Deutschland seit der Wende. Münster, S. 16-34

Finger, Evelyn (2009): Mehr Revolution wagen! In: Die Zeit, Nr. 29, S. 48

Fraser, Nancy (2009): Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 8/2009, S. 43-57

Geissler, Rainer (1992): Die ostdeutsche Sozialstruktur unter Modernisierungsdruck. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 29-30/92. 10. Juli 1992

Gerhard, Ute (2008): 50 Jahre Gleichberechtigung – eine SpringprozeSSION. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 24-25/08, 9. Juni 2008

Klenner, Christina/Leiber, Simone (2009): Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterungleichheit im Transformationsprozess. In: Klenner, Ch./Leiber, S. (Hg.): Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterungleichheit in Mittel- und Osteuropa. Wiesbaden, S. 11-31

Krizková, Alena/Nagy, Beata/Mrcela, Aleksandra (2009): Geschlechtsspezifische Auswirkungen der Arbeitsmarktpolitik in der Tschechischen Republik, Ungarn und Slowe-

nien. In: Klenner, Ch./Leiber, S. (Hg.), a. a. O., S. 337-372

Lenz, Ilse (2008): Die unendliche Geschichte? Zur Entwicklung und den Transformationen der Neuen Frauenbewegung in Deutschland. In: Lenz (Hg.): Die Neue Frauenbewegung in Deutschland. Wiesbaden, S. 21-44

Miethe, Ingrid (2005): Dominanz und Differenz. Verständigungsprozesse zwischen feministischen Akteurinnen aus Ost- und Westdeutschland. In: Schäfer/Dietzsch/Peinl/Penrose/Scholz/Völker (Hg.): Irritationen Ostdeutschland. Münster, S. 218-234

Nickel, Hildegard Maria (2001): Vom Umgang mit Differenzen. In: Hornung/Gümen/Weilandt (Hg.): Zwischen Emanzipationsvision und Gesellschaftskritik. Münster, S. 87-96

Schenk, Sabine (2003): Employment Opportunities and Labour Market Exclusion. In: Kolinsky, E./Nickel, H. M. (eds.): Reinventing Gender. Women in Eastern Germany since Unification. London

Steinhilber, Silke (2003): Women's Views on Social Security Reform: Qualitative Survey. In: Fultz, Elaine/Ruck, Markus/Steinhilber, Silke (eds.): The Gender Dimensions of Social Security. Reform in Central and Eastern Europe: Studies of the Czech Republic, Hungary and Poland, ILO, Budapest

Steinhilber, Silke (2009): Blick in eine unsichere Zukunft: Geschlechterverhältnisse und Arbeitspolitiken in Mittel- und Osteuropa. In: Klenner, Ch./Leiber, S. (Hg.): Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterungleichheit in Mittel- und Osteuropa, Wiesbaden

Wierling, Dorothee (2008): Los der Uneindeutigkeit. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2008, S. 102-113

⁴ Erler/Dähler: Frauen machen neue Bundesländer. Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung, 2008.



Von links: Heidi Knake-Werner, Astrid Landero, Ulrike Neumann

20 Jahre Frauen Ost und West: Fragen an die Politik heute

Carola von Braun: Liebe Gäste, Mitwirkende, Mitstreitende, ich darf Sie nun zu unserem abschließenden Forum begrüßen, in dem wir aktive Politikerinnen nach ihren Erkenntnissen fragen: „20 Jahren Frauen Ost und West – Erkenntnisse und Aussichten – Fragen an die Politik heute“, nicht ohne vorher auch etwas über sie als Personen zu erfahren.

Das Podium wird Ihnen vorgestellt von der Journalistin und Zeitzeugin Astrid Landero, Projektmanagerin von Paula Panke e.V., vielen von uns bekannt als ein wichtiger Frauentreffpunkt in Berlin-Pankow.

Zu unserem großen Bedauern hat das jahreszeitlich bedingte Grippe-Phänomen unser Podium nicht verschont. Sowohl Ramona Pop – Fraktionsvorsitzende und arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion B90/Die Grünen wie auch Staatsministerin Cornelia Pieper, stellvertretende Bundesvorsitzende der FDP haben aus Krankheitsgründen kurzfristig absagen müssen.

Umso dankbarer sind wir den mutigen Podiums-Teilnehmerinnen und Astrid Landero dass sie sich bereit erklärt haben, auch auf einem so gelichteten Podium zu referieren und auf Ihre Fragen einzugehen.



Dr. Heidi Knake-Werner, Die Linke, Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales a. D., Berlin

Audiotranskript des Interviews auf der CD „Stimmen zu ‚frauen sichten politik‘“

„Ich habe mir schon gewünscht, dass daraus ein Prozess der Demokratisierung entsteht, der Meinungsfreiheit, Reisefreiheit und selbstverständlich freie Wahlen einschließt, jenseits von Mauer und Stacheldraht.“

Meine wichtigste Erwartung war natürlich, dass es einen möglichst friedlichen Übergangsprozess gibt, dass das, was sich dort an revolutionärer Bewegung entwickelt hatte, auch revolutionäre Veränderungen mit sich bringt und dass damit eine neue Grundlage geschaffen wird, die auch stabil ist. Das hat sich ja nicht so richtig bewahrheitet.

Ich habe mir schon gewünscht, dass daraus ein Prozess der Demokratisierung entsteht, der Meinungsfreiheit, Reisefreiheit und selbstverständlich freie Wahlen einschließt, jenseits von Mauer und Stacheldraht. Ich hatte mir nicht vorgestellt, dass es so schnell geht, dass von der DDR gar nichts

mehr übrig bleibt. Dass so schnell so unendlich viel abgewickelt wird, z. B. im Kultur- und Wissenschaftsbereich, dass die Lebensleistung der DDR-Bevölkerung so völlig ignoriert wird.

Ich habe persönlich sehr positive Erfahrungen gemacht, viele interessante Begegnungen machen können in dieser Wendezeit. Ich bin in dieser Zeit in die PDS eingetreten und war sehr froh darüber, dass ich den Gestaltungsprozess zu einer Partei des demokratischen Sozialismus mitgestalten konnte und an verantwortlicher Stelle auch mitleiten konnte.

Und dann, dann gibt es auch Einzelgeschichten, die erwähnt werden sollten. Ich finde z. B. die Polikliniken der DDR grundsätzlich ein hervorragendes System. Warum das nun unbedingt platt gemacht werden musste hat mir nie eingeleuchtet. Jetzt fangen wir mühselig an, es wieder aufzubauen. Wir haben viele sinnvolle Erfahrungen und Praxis in der DDR völlig ignoriert, statt zu testen, was man damit anfangen kann, wie es in unsere Systeme passt.

Dieses Bemühen hat es einfach nicht gegeben, denn das, was aus der DDR kam, galt per sé nichts und wurde damit auch nicht weiterentwickelt. Natürlich hätte man das Vorgefundene weiter entwickeln müssen, z. B. zu einem anderen Qualitätsanspruch, aber es gab dieses Bemühen einfach nicht.

Bis heute haben wir Einiges nicht geregelt: z. B. bei der Rente. Man hat nicht zur Kenntnis genommen, wie das Rentensystem der DDR entwickelt wurde, was heute zu großen Benachteiligungen ganzer Bevölkerungsgruppen führt, weil es eben keine wirklich Rentenüberleitung gegeben hat, die all die Besonderheiten im Rentensystem der DDR berücksichtigt hätte.



Ulrike Neumann MdA, Frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus Berlin, Mitglied der Überparteilichen Fraueninitiative

„Keinen verderben zu lassen, auch nicht sich selber, jeden mit Glück zu erfüllen, auch sich selber, das ist gut.“ (Bertolt Brecht)

Aktuelle Daten zur Person

Ich bin jetzt 64 Jahre alt, habe eine erwachsene Tochter und lebe im Westteil der Stadt. Seit 1975 bin ich in der SPD, seit 1991 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses.

Ost-West-Biographisches

Geboren bin ich kurz nach dem Ende des 2. Weltkriegs im Juli 1945 in der Kleinstadt Soltau in Niedersachsen. Mit meinen Eltern nach Brandenburg an der Havel umgezogen, wurde ich dort eingeschult. Mit meinem Vater zog ich später weiter in den Ostteil Berlins, 1955 schließlich in den Westteil, in dem ich die Realschule abschloss und den Beruf der Technischen Zeichnerin erlernte. Die Teilung in Ost und West blieb mir immer bewusst.

Mein Weg in die (Partei)Politik

Im Beruf bei den Berliner Wasserwerken organisierte ich mich schon früh in der Gewerkschaft ÖTV – später Ver.di, lernte orga-

nisiert für meine eigenen Interessen einzutreten. Weiter politisiert wurde ich im Zusammenhang mit der Studentenbewegung der 60er Jahre: So nahm ich an der Demonstration gegen den Schah von Persien am 2. Juni 1967 teil. Die Reaktion von Senat und Presse auf die Erschießung des Studenten Benno Ohnesorg durch einen Polizisten ließ mich politisch kritisch, oppositionell werden. 1975, als die CDU bei den Abgeordnetenhauswahlen stärkste Partei geworden war, organisierte ich mich links in der SPD und bei den Jungsozialisten und wurde parteipolitisch aktiv. Mit anderen zusammen gründete ich den Arbeitskreis Emanzipation (AKE) der Jusos. Kurz darauf gab ich meinen Arbeitsplatz auf und begann, das Abitur nachzumachen, wobei ich daneben freiberuflich als Zeichnerin meinen Unterhalt verdiente. Ich begann Jura zu studieren, wurde 1983 Mutter und 1985 Mitglied der Steglitzer Bezirksverordnetenversammlung. Das Studium gab ich dann auf.

Frauenpolitik im ersten Gesamtberliner Abgeordnetenhaus

1989/90 dann die Wende: Groß war die Freude über Freiheit und Gemeinsamkeit. Schon vor der Vereinigung der beiden deutschen Staaten schlugen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus West und Ost an der Basis Brücken der Solidarität und des gemeinsamen Engagements. Gemeinsam wollten wir Demokratie gestalten. West-Ost-Patenschaften zwischen SPD-Ortsvereinen sind in der Zeit entstanden. So war „meine“ Steglitzer SPD beispielsweise darum bemüht, die neue Marzahner Sozialdemokratie nach besten Kräften zu unterstützen. Viele politische Begegnungen und neue Erfahrungen erweiterten den politischen Horizont.

Neben vielem, was die Ereignisse in Bewegung brachte, kam es dann auch zu den Neuwahlen von Bundestag und Abgeordnetenhaus Ende 1990. Im Januar 1991 nahm ich als neu gewählte Abgeordnete des ersten Gesamtberliner Abgeordnetenhauses an dessen konstituierender Sitzung in der Nikolai-kirche teil. Die damalige SPD-Fraktion war einzigartig: Jeweils die Hälfte der Abgeordneten kam aus dem Osten und aus dem Westen der Stadt. Unterschiedlichste Sichten

stießen aufeinander: Im Westen waren wir - jedenfalls die linken Frauen in der SPD - stark geprägt durch Positionen, die sich im gerade verabschiedeten Grundsatzprogramm niederschlugen:

„Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.“

Die „Genossinnen“ aus dem Ostteil, die nicht selten größte Schwierigkeiten mit dieser Anrede und mit dem programmatischen Begriff des „Demokratischen Sozialismus“ hatten, sahen vielfach kein besonderes Gleichstellungsproblem, waren selbst „Ingenieur“ oder „Lehrer“ von Beruf.

Meine anfänglichen Erwartungen, dass wir mit den vielen selbstbewussten Frauen in der DDR gesellschafts- und gleichstellungspolitisch einen Schub nach vorne bekommen, erfüllten sich so einfach nicht. In Diskussionen gab es so manche Ost-Frau, die gar nicht mehr viel wissen wollte von den viel gerühmten „Errungenschaften“ der DDR: Flächendeckende Kinderbetreuung, Hilfen vom Staat zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, selbstbestimmte Schwangerschaft, kostenloser Schwangerschaftsabbruch. Schon das Wort „Errungenschaften“ löste manchmal negative Assoziationen aus. Der Widerstand gegen den Abbau von Positivem war geschwächt. Vieles, aber nicht alles, wurde „platt“ gemacht. Manches wurde neu begonnen, gerade im Bereich der Fraueninfrastruktur.

Gleichstellungspolitik gestern und heute

Zentral - beginnend mit der ersten Wahlperiode bis heute - war und ist die Verteidigung und Weiterentwicklung des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG), das als Landesantidiskriminierungsgesetz im Westteil schon unter Rot-Grün vor der Wende entstanden war. Frauenförderung und Quotierung im Öffentlichen Dienst brachten wichtige Fortschritte. Wesentlich war auch die Anwendung des LGG nach einem Übergang öffentlicher Einrichtungen in eine private Rechtsform. Immer noch umkämpft ist bis heute die Einflussnahme auf private Unternehmen durch Auflagen zur Frauenförderung bei der öffentlichen Auftragsvergabe. Aktuell im Vordergrund stehen die Auseinandersetzungen

gen um die Besetzung von Führungspositionen in Unternehmen mit Landesbeteiligung. Da hat es Niederlagen gegeben. Ich bin aber sicher, dass wir uns auf Dauer durchsetzen werden. Gleichstellungspolitik darf sich aber nicht auf die Besetzung von Führungspositionen reduzieren. Erschreckend ist, dass auch heute noch - vor allem bei niedrigen Löhnen und Gehältern - der Grundsatz der Lohngleichheit massiv verletzt wird. Mit der Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ müssen wir - zusammen mit dem Kampf um gesetzliche Mindestlöhne - zukünftig einen weiteren zentralen Schwerpunkt setzen.

Gleichstellung als Verfassungsauftrag

Gleichstellung ist nicht irgendein politisches Ziel. Hier geht es um die Erfüllung eines Verfassungsauftrags. Manche beschränken das verfassungsrechtliche Gleichheitsgebot auf formale Gleichberechtigung, allenfalls auf Chancengleichheit. Eine solche Sicht findet jedoch nach der Vereinigung von Ost und West weder im Grundgesetz noch in der Verfassung von Berlin eine Grundlage. So heißt es in unserer Landesverfassung ausdrücklich:

„Das Land ist verpflichtet, die gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens herzustellen und zu sichern. Zum Ausgleich bestehender Ungleichheiten sind Maßnahmen der Förderung zulässig.“

Diese Neuausrichtung des Gleichheitsgebots in der Berliner Verfassung und auch im Grundgesetz ist nicht denkbar ohne die vorherigen intensiven Diskussionen über eine neue Verfassung im Osten - an „Runden Tischen“ und anderswo. Über den Wortlaut der neuen Vorschriften hinaus verstehe ich das Gebot tatsächlicher Gleichstellung als ein Prinzip, nach dem unsere Gesellschaft auch über das Geschlechterverhältnis hinaus zu gestalten ist.

Blick zurück - nach vorn

Nach der Bildung der schwarzgelben Regierung stellt sich die Frage gleicher Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben mit neuer Schärfe: Auf dem Gebiet der Gleichstellung der Geschlechter ist von der neuen Bundesregierung nichts zu erwarten.

Dramatische Rückschritte aber drohen vor allem auf dem Gebiet der Gesundheit und Pflege und auf dem Gebiet der Bildung.

Mit der Einführung einer „Kopfpauschale“ im Gesundheitswesen und mit der angekündigten Teilprivatisierung der Pflegeversicherung würden diese Bereiche weiter Marktmechanismen unterworfen werden. Unterschiedliche Gesundheitsversorgung nach Einkommenshöhe bedeutet eine vertiefte Spaltung der Gesellschaft in diesem zentralen Bereich. Die Durchsetzung einer „Zwei-Klassen-Medizin“ würde sich auch auf die Entlohnung und die Arbeitsbedingungen der im Gesundheits- und im Pflegebereich Beschäftigten auswirken. Dadurch würden vor allen Frauen betroffen. Dem müssen wir Widerstand entgegensetzen - in den Parlamenten und auch außerparlamentarisch. Ich kämpfe für ein egalitäres Gesundheitswesen und wäre sehr dafür, die in der DDR gemachten positiven Erfahrungen z. B. mit der Poliklinik oder der Gemeindeschwester einzubeziehen. Die von uns geforderte Bürgerversicherung ist eine verfassungsgemäßere Form der Gesundheitsversorgung als das nun beabsichtigte Modell, das den Starken nützt und den Schwachen Nachteile bringt.

Auf dem Weg zu einem Bildungswesen, das allen eine gute, zukunftssträchtige Bildung und Ausbildung vermittelt, wird die möglichst lange gemeinsame Erziehung zu einer zentralen Forderung. Ich möchte, dass wir uns diesem Ziel der gleichen Chancen über eine Gemeinschaftsschule nähern. Manche werden dem widersprechen und die Polytechnische Oberschule (POS) der DDR als Schreckgespenst an die Wand malen. Denen entgegne ich: Auch hier ist etwas wiederzuentdecken, was in der DDR eindeutig besser war. Norwegen hat zum Beispiel viele Anleihen an diesem Schulmodell genommen und ist bekanntlich bei PISA ganz hervorragend damit gefahren. Mit Blick auf das Gleichheitsgebot ist das gemeinschaftliche Lernen eindeutig eine verfassungsgemäßere Schulform als das dreigliedrige Schulsystem.

In beiden Bereichen - sowohl bei Gesundheit und Pflege als auch bei Bildung - zeigt sich erneut, dass nur Starke sich einen schwachen Staat leisten können. Ich kämpfe nach wie vor für eine emanzipatorische Gesell-

schaft. Der Spruch „Wenn jeder an sich selbst denkt, ist an alle gedacht“ hat mit Egalität und mit Liberalität nichts zu tun. Entscheidend ist und bleibt, dass es keine Gleichstellung in Unfreiheit geben darf und geben kann. Da darf es keine Zweifel geben. Umgekehrt muss gelten: Ohne Gleichstellung kann Freiheit zum Privileg, zur Bevorrechtigung werden und den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie gefährden. Die Einheit von Freiheit und Gleichheit überall in der Gesellschaft zu wahren, das ist für mich die wichtigste Lehre von 1989/90.

Cornelia Pieper MdB, Staatsministerin, stellvertretende Bundesvorsitzende der FDP, stellvertretende Bundesvorsitzende der Liberalen Frauen

Audiotranskript des Interviews von der CD „Stimmen zu ‚frauen sichten politik‘“

„Und wenn ich die Bilder heute 20 Jahre nach dem Mauerfall im Fernsehen sehe, da läuft mir noch eine Gänsehaut über den Rücken und da sagt man sich, mein Gott, das hätte auch alles ganz anders kommen können, so selbstverständlich ist das alles gar nicht, was man heute hat.“

Die wichtigste politische Erwartung war, dass die positiven Entwicklungen im Osten, dass die Frauen finanziell unabhängig waren, erwerbstätig waren, sich auch im gemeinsamen Deutschland durchsetzen und auch bestehen bleiben.

Zweitens, dass in dem Zusammenhang natürlich auch dieses gute Netz an Kinderbetreuung nicht nur erhalten bleibt, sondern auch aus dem Osten eine wichtige Erfahrung übernommen wird, dass man Beruf und Familie mehr miteinander verbinden kann und Frauen eben nicht in die Ecke "Kinder, Küche, Kirche" gedrängt werden, sondern dass man ihnen die Wahlfreiheit lässt, Frauen und Männer, und wenn sie Kinder haben, auch Kinder und Karriere, miteinander zu verbinden.

Und die dritte Erwartung war - und die sollte sich dann bald nicht so ganz erfüllen -, dass sich die Fristenlösung im Schwangerschaftsrecht, wie es der Einigungsvertrag ja auch

vorgesehen hat, gesamtdeutsch umsetzen lässt. Es gab ja damals eine große, emotionale politische, Debatte. Zum Glück waren die Liberalen, was die aufklärerische Arbeit anbelangt, auch beim Paragraphen 218, bei der Neuregelung des Schwangerschaftsrechts und beim Eintreten für eine Fristenlösung, an der Spitze der politischen Bewegung - damals auch noch mit Uta Wüfel, der damaligen Frauenpolitischen Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion. Und sie hat es dann wirklich geschafft - das war dann das Trostpflasterchen - die Fristenlösung mit Beratungspflicht kompatibel zu machen mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts und dadurch auch die Fristenlösung zu erhalten.

Die erfreulichen Dinge in der Wendezeit waren für mich vor allen Dingen, dass eine friedliche Revolution stattgefunden hat, dass die Ostdeutschen mit ihrem Mut und der Zivilcourage es geschafft haben, die Mauer vom Osten zum Einsturz zu bringen - mit einer friedlichen Revolution, mit Kerzen an den Kirchen - und dass eben die Westdeutschen durch eine starke Demokratie und soziale Marktwirtschaft den Strukturwandel mitgestaltet haben.

Also ich glaube, das ist eine großartige gesamtdeutsche Leistung und das finde ich einmalig eigentlich in der Geschichte. Das hat es so noch nie gegeben. Auch eine friedliche Revolution hat es so noch nie gegeben. Und wenn ich die Bilder heute 20 Jahre nach dem Mauerfall im Fernsehen sehe, da läuft mir noch eine Gänsehaut über den Rücken und da sagt man sich, mein Gott, das hätte auch alles ganz anders kommen können, so selbstverständlich ist das alles gar nicht, was man heute hat.

Ramona Pop MdA Berlin, B90/Grüne, Arbeitsmarktpolitische Sprecherin

„Wenn wir Frauen uns einig sind, dann können wir viel bewegen, aber es braucht auch konkrete und verbindliche Maßnahmen wie z. B. ein Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft und eine gesetzliche Quote in Aufsichtsräten, wie sie z. B. Norwegen erfolgreich praktiziert. Alles in allem brauchen wir einen neuen Gesellschaftsvertrag auch zwischen den Geschlechtern.“

1989 im Jahr des Mauerfalls war ich 12 Jahre alt – ein Jahr zuvor bin ich aus Rumänien nach Deutschland gekommen.

Seit 1997 engagiere ich mich politisch bei Bündnis 90/Die Grünen. 2001 wurde ich mit 23 Jahren ins Berliner Abgeordnetenhaus gewählt.

Ich wurde einmal befragt, ob es ein Schlüsselerlebnis gibt, das mich in die Politik gebracht hat. Das gibt es bei mir nicht. Ich war politisch interessiert, immer schon, und hab' mir in der Schule heiße Diskussionen geliefert, die in der Pause oft weitergingen. Dass ich mich bei den Grünen engagiere, ist auf die Bundestagswahl 1998 zurückzuführen. Ich gehöre ja zu einer Generation, die mit Helmut Kohl groß geworden ist. Ich habe mir gesagt: Wenn Politik, dann jetzt, um einen Wechsel mitzugestalten, um Wahlkampf zu machen und um Kohl endlich wegzukriegen.

Meine politische Sozialisation habe ich in der Nachwendezeit erworben. Das bedeutete, dass für mich, als ich ins AGH gewählt wurde, die Regierungsbeteiligung der PDS gewissermaßen selbstverständlich war. Den Willen der Wählerinnen und Wähler im Ostteil der Stadt einfach beiseite zu schieben, hätte die Spaltung der Stadt zementiert.

Meine Politische Heimat, habe ich bei den Grünen gefunden, denn mir war von Anfang an wichtig, dass mehr Frauen Politik machen und vor allem auch in Spitzenpositionen.

Ja, ich bezeichne mich als Feministin, was in meiner Generation etwas ungewöhnlich ist. Aufsehen habe ich vor etlichen Jahren mit dem Ausspruch erregt "Ich bin Feministin

und rasiere mir trotzdem die Beine" und außerdem halte ich ein bisschen Eitelkeit bei Politikerinnen für unerlässlich.

Frauenpolitisch haben wir in den letzten 20 Jahren das Gesicht dieser Republik verändert und da gibt es für mich keinen Unterschied zwischen Ost und West. Ich denke, für meine Generation ist das typisch, was wir erreicht haben, das haben wir gemeinsam erreicht:

Die Vergewaltigung in der Ehe steht unter Strafe, das Gewaltschutzgesetz bietet Schutz vor familiärer Gewalt, das Prostitutionsgesetz hat Schluss gemacht mit der Doppelmoral, durch die eingetragene Lebenspartnerschaften gibt es den ersten Schritt zu einer rechtlich verbindlichen Verbindung für Lesben und Schwule, Zwangsverheiratungen stehen unter Strafe. Das Thema *Frauen in die Aufsichtsräte und Vorstände* steht ganz oben auf der politischen Agenda.

Die Bilanz kann sich sehen lassen, aber wir dürfen uns darauf nicht ausruhen. Denn es gibt nach wie vor noch viele Baustellen:

Bei uns hapert es nach wie vor an der Veränderung der Geschlechterrollen. Auch heute ist die Forderung nach einer gerechten Aufteilung von Haus- und Familienarbeit zwischen Frauen und Männern so aktuell wie eh und je. Der europäische Mann arbeitet im Schnitt sechs Stunden im Haushalt, die Frau 25 Stunden. Deutschland hat einen extrem hohen Anteil von Frauen, die Teilzeit arbeiten. Weil unsere Kinderbetreuung, unser Schulsystem und selbst unsere Versorgung der alten Menschen darauf basieren, dass Frauen einspringen.

Die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern liegen in der EU bei 17 Prozent. Deutschland schafft es mit 23 Prozent auf einen der hintersten Plätze. Der Durchschnittsverdienst von Frauen in Deutschland liegt fast ein Viertel unter dem der Männer. Damit ist das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen bei uns so groß wie in kaum einem anderen EU-Land. Ich finde das beschämend,

In bedeutsamen Lebensbereichen hat sich die Situation von Frauen in Deutschland - verschlechtert. Deutliche Mängel gibt es bei der Antidiskriminierungspolitik. Trotz aller

positiven Maßnahmen kämpfen Frauen auf dem Arbeitsmarkt mit erheblichen Benachteiligungen. Dieses vernichtende Urteil über Frauenpolitik stammt nicht von uns Grünen, sondern ist das Fazit des sechsten UN-Berichts zur Beseitigung der Diskriminierung von Frauen in Deutschland.

Wenn wir Frauen uns einig sind, dann können wir viel bewegen, aber es braucht auch konkrete und verbindliche Maßnahmen wie z. B. ein Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft und eine gesetzliche Quote in Aufsichtsräten, wie sie z.B. Norwegen erfolgreich praktiziert. Alles in allem brauchen wir einen neuen Gesellschaftsvertrag auch zwischen den Geschlechtern.

Zusammenfassung und Abschluss



Carola von Braun, Überparteiliche Fraueninitiative

Liebe Gäste, Mitwirkende, Mitstreitende, unser Kongress *frauen sichten politik* geht nun zu Ende.

Wir bedanken uns bei den Referentinnen und Podiumsteilnehmerinnen für ihre spannenden, weiterführenden Beiträge, die viele von uns darauf aufmerksam gemacht haben, wie viel Frauen in diesen 20 Jahren bewegt haben.

Wir bedanken uns bei unseren Moderatorinnen dafür, dass sie die Podien mit so unterschiedlichen Frauen und Lebensläufen zum „Klingen“ gebracht haben,

bei unserem Mitglied Petra Bläss-Rafajlovski dafür, dass sie aus ihrem unermesslichen Fundus von Unikaten aus jenen Jahren eine

so berührende und lehrreiche Ausstellung extra für uns zusammengestellt hat.

Wir bedanken uns bei der Bundeszentrale für Politische Bildung, bei Luise Tremel, für die Unterstützung unseres Kongresses,

bei unseren wunderbaren Netzwerk-Partnerinnen von der *redaktion zeitpunkte* des RBB, insbesondere bei ihrer Chefin Magdalena Kemper und bei Gudrun Damberg, die die umfangreiche Arbeit mit der Hör-CD auf sich genommen hat, die Sie in Ihren Mappen vorgefunden haben.

Vor allem aber bedanken wir uns bei Ihnen, dem engagierten Publikum für viele anregende Fragen und Diskussionsbeiträge, Sie haben das Thema unseres Kongresses ein gutes Stück weitergebracht, vielen Dank auch Ihnen!

Wir haben mit profunden und berührenden Vorträgen und Diskussionsbeiträgen von prominenten Zeitzeuginnen erfahren, wie sie das Jahr 1989 und die 20 Jahre seitdem als Politikerinnen und als Frauen erlebt haben.

Wir haben von ihnen gehört, welche Hoffnungen, Erwartungen, Enttäuschungen sie erlebt haben im Jahr 1989 und danach. Wir haben die Unterschiede zwischen den Erwartungen in Ost und West ein wenig herausarbeiten können, wie auch die langsam aber stetig wachsenden Gemeinsamkeiten.

Vor allem aber – und das war unser Hauptanliegen – haben wir herausstellen können, wie viele Frauen in unterschiedlichen relevanten Positionen und Scharnierstellen in jenen Jahren etwas bewegt haben, als bemerkenswerte Vorbilder für kommende Generationen von Politikerinnen.

Gestatten Sie mir, nun eine erste Einschätzung der Ergebnisse, die ich aus Rede- und Diskussionsbeiträgen aus den vergangenen beiden Tagen zusammenstellen möchte:

Dieser Kongress hätte so vor zehn Jahren noch nicht stattfinden können. Dazu waren die Konflikte zwischen Ost und West, zwischen West und West, zwischen Ost und Ost noch zu groß, die Dialogformen eines Respekts auf gleicher Augenhöhe noch nicht gefunden.

Wir Frauen in Ost und West haben seit 1989 schon mehr voneinander gelernt, als wir es wahrgenommen haben. Beispiele dafür sind der Aufbau der Frauenhäuser u. a. Projekte im Ostteil Berlins sowie das modernere Rollenbild Ost (finanzielle Unabhängigkeit der Frau), das sich langsam auch im Westen durchsetzt.

Wir Frauen in Ost und West haben seit 1989 schon mehr gemeinsam durchgesetzt, als uns bewusst ist, z. B. wäre der Ausbau der Kinderkrippen im Westen ohne die Kooperation zwischen Ost- und Westfrauen nicht machbar gewesen.

Der Kompromiss zum § 218 war für Ostfrauen bitter, für Westfrauen ein Erfolg.

Ein großer Erfolg war die Ergänzung des Artikels 3 im Grundgesetz, wonach der Staat zum Ausgleich von Benachteiligungen verpflichtet ist.

Die Unterschiede zwischen Ost und West sind noch immens, aber auch die Differenzen zwischen Ost und Ost und zwischen West und West sind noch spürbar. Aber: Sie sind versöhnbar, wenn wir angemessene Dialogformen entwickeln.

Eine angemessene Dialogform setzt voraus: einen offenen Diskurs, wechselseitigen Respekt vor der Ansicht und vor der Lebensleistung anderer Frauen, ein Gespräch auf gleicher Augenhöhe. Der Kongress hat hierzu viel beigetragen.

Damit dieser begonnene Dialog verstärkt werden kann, brauchen wir eine (Re)Politisierung der Feminismus-Debatte.

Die (Re)Politisierung der Feminismus-Debatte kann nur in Gang kommen mit einem Thema/einem Ziel, das viele Frauen bewegt.

Die sogenannte „Herdprämie“ ist ein Thema, das viele Frauen aus allen politischen Lagern bewegt, weil sie es als ein Instrument betrachten, mit dem benachteiligten Kindern nicht geholfen und die gesellschaftliche Spaltung noch vertieft wird. Die Überparteiliche Fraueninitiative Berlin wird sich dafür einsetzen, zusammen mit Parlamentarierinnen des Bundes, der Länder und der Kommunen, mit anderen Frauenorganisationen,

das dieses politische Instrument nicht in Kraft tritt.

Die gegenwärtige Arbeitskultur geht zu Lasten von Männern und Frauen, Kindern und Familien, auch von Unternehmen. Eine neue Arbeitskultur, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie als Wert anerkennt, die verschiedenen Stationen von Familiengründung und Karriere entzerrt, bleibt ein herausragendes Ziel aller politischen Arbeit. Sie bleibt Aufgabe aller frauenpolitisch aktiven Organisationen, auch der Überparteilichen Fraueninitiative.

Bei der (Re)Politisierung der Feminismus-Debatte soll der gesamteuropäische Aspekt einbezogen werden. Die Überparteiliche Fraueninitiative wird sich für die Durchführung eines Kongresses „Europa der Bürgerinnen“ einsetzen, in Kooperation mit der Europäischen Frauenlobby, dem Deutschen Frauenrat, dem Landesfrauenrat Berlin und anderen politischen Frauenorganisationen.

Dieser Kongress soll insbesondere die Lage der Migrantinnen in der EU, die Zukunft der Dienstleistungsberufe in der EU und das Thema Arbeitskultur(en) in Europa behandeln.

Schon diese kurzen Stichworte zeigen den bemerkenswerten Ertrag dieses Kongresses.

Sie, liebe Mitwirkende, liebe Mitstreitende, können sicher sein, dass wir die Kongress-Ergebnisse als Verpflichtung begreifen, die wir in Zusammenarbeit mit anderen Frauenorganisationen auch in Zukunft wahrnehmen werden.

Bevor ich den Kongress im Namen aller meiner Vorstands-Kolleginnen der Überparteilichen Fraueninitiative schließe, möchte ich in Ihrer aller Namen sehr herzlich Petra Tesch danken, die viele Ideen eingebracht und die gesamte Organisation des Kongresses verantwortet und bewältigt hat. Ohne Petra wäre dieser Kongress nicht möglich gewesen, vielen herzlichen Dank, liebe Petra! Ich bedanke mich ebenso herzlich bei Jakob Tesch und seinen engagierten zuverlässigen Mitarbeiterinnen für die wunderbare Betreuung der Teilnehmerinnen.

Der Kongress ist damit beendet.



Petra Tesch und Isabel Pereira



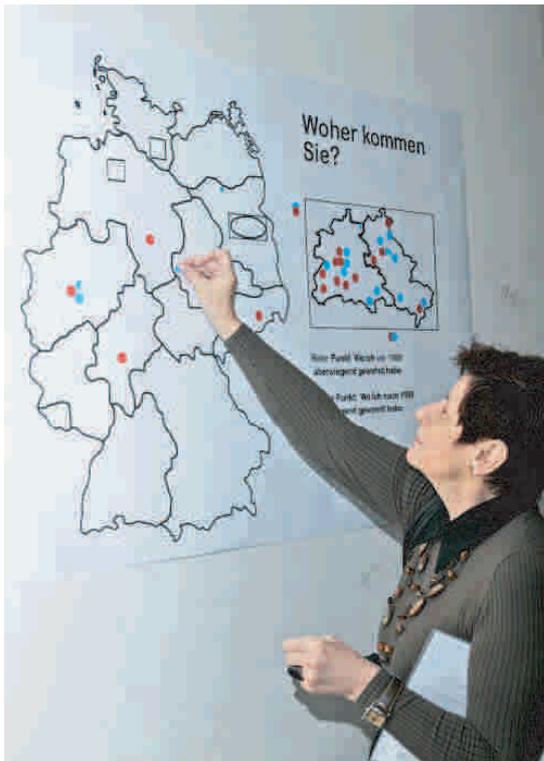
Teresa Silberstein und Jakob Tesch

Anhang

Nachfolgend haben wir eine Auswahl von Fotos und Dokumenten zusammengestellt, die einen Eindruck von den kongressbegleitenden Aktivitäten und dem Rahmenprogramm vermitteln sollen.

Ankommen und Verorten

Bei der Ankunft am Freitag, dem 13.11.09, wurden die Teilnehmer/innen gebeten, sich auf einer Schautafel zu verorten. Mit Klebepunkten sollten sie angeben, ob sie bis zum Mauerfall überwiegend im Westen oder im Osten Deutschlands gelebt haben. Darüber entstanden interessante Diskussionen.



Sichten aus dem Publikum

Als Einstimmung auf die Diskussion „Sichten aus dem Publikum. Anforderungen an die Politik heute“ wurde eine Kartenabfrage durchgeführt. Die Teilnehmer/innen waren aufgefordert, zunächst die Frage zu beantworten:

Die "Wende": Erwartungen, Überraschungen, Enttäuschungen
Rückblickend betrachtet: Welches war die wichtigste Erwartung, die Sie mit der politischen Wende verknüpft haben? Welches war - bezogen darauf - Ihre größte Überraschung und Ihre größte Enttäuschung?

Nachfolgend wurden die Antworten auf diese Fragen mit Klebepunkten gewichtet.



Stärkung beim Essen und Netzwerken

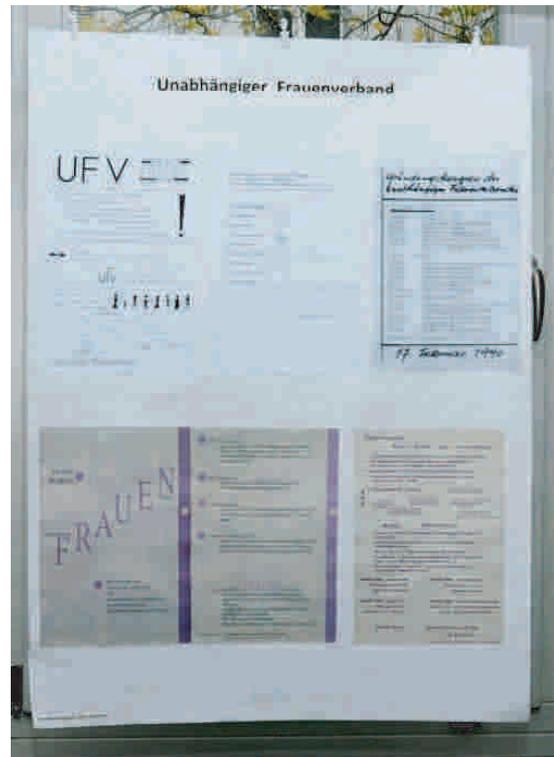
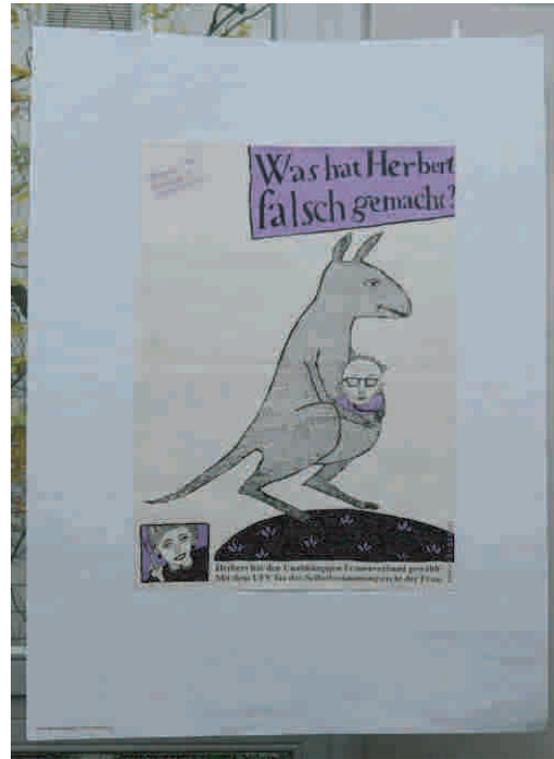


Pausendiskussionen





Die Ausstellung





Abendprogramm

Gina Pietsch & Uwe Streibel: Wenn du stolperst, Schwester, ich halt dich



... wer wäre besser geeignet, als Gina Pietsch, die eben nicht nur hin und wieder Brecht singt und spricht, wenn dies eben mal „in“ ist. ... Gina Pietsch hauchte und wisperte die Botschaften Brechts, schrie diese aber auch heraus, wenn es nötig war und fesselte damit das Publikum ... Dieses jubelte ihr, dem ebenfalls wunderbaren Begleiter Uwe Streibel am Piano, sowie Brechts „Vorschlägen“ zu...

Märkische Oderzeitung

... „Wenn du stolperst, Schwester“ ist ein Programm mit Zukunft. Die Chansonette will mit den Liedern und Stücken aus fünf Jahrhunderten „Mut holen aus allen Zeiten“. Gina Pietschs Brecht-Interpretationen sind ungebrochen grandios, müssen den eigenen Ausdruck der Gisela May – Schülerin längst nicht mehr beweisen. Sie überzeugt mit scheinbar selbst gelebter Veruchtheit, Unschuld, Liebe bis zur Selbstaufgabe, Abgründen, Höhenflügen... Weit entfernt von Etikett oder weinerlichem Pathos zeigt sie sich im besten Sinne professionell, jenseits schmalpudriger Frauenbewegungsdarbitten und doch sehr politisch.“

Leipziger Volkszeitung

„Die Berliner Sängerin und Schauspielerin, die unter anderem Chanson-Schülerin von Gisela May war, längst aber ein eigenständiger Star dieses Genres ist, bewies eindrucksvoll, dass sie nicht nur eine der besten Brecht-Interpreten, sondern bei vielen Texten und Komponisten zu Hause ist. Kästner reihte sich an Tucholsky, Weill an Dessau und Eisler, durchsetzt immer wieder von allen französischen und spanischen Weisen. Ein Programm nicht nur für die Frau, sondern auch den Mann...“

Märkische Volkszeitung

... Gina Pietsch aus Ost-Berlin, Chansonette aus der Eifelnie Brecht-Welli-Eisler-Dessau und der Interpretensippe einer Therese Glöckle und Lotte Lenya, kam, sah und eroberte ihr Publikum im Stum. Ihre facettenreiche Schauspielkunst, ihr proletarischer Charme sind unwiderstehlich.“

Die Welt

... Gina Pietsch singt mit rauchiger Stimme, einer ausdrucksstarken Mimik... Sie scheint wie geschaffen zu sein, Brecht zu singen und zu interpretieren. Nicht umsonst gilt sie als die Brecht-Interpreten schlechthin...“

Frankenpost

... ihre Skala reicht von der Naily-Drolligen über die Spitzbüblisch-Subversive bis zur Sarkastisch-Aggressiven. Glanzlichter waren keineswegs nur die berühmten Brecht-Songs wie das „Lied von der großen Kapitulation“, ... von der Pietsch durchaus eigenständig interpretiert, nicht als Aufguss großer Diktaturtradition. Glanzlichter waren ebenso die Gedichtvorträge und der Vortrag der Bachmann-Erzählung „Undine geht“, dieser verzweifelten Mischung aus Männerverachtung und Liebeserklärung... Auf Männer kann Frau nicht verzichten... Auf die Pietsch kann die Chanson-Kunst nicht verzichten.“

Grafischer Nachrichten

Weitere gemeinsame Abende

... UND AUF KEINE KLEINSTE FREUDE

ZU VERZICHTEN...

Brecht und andere Menschen
über Genüsse und Beschwerden,
über Frauen und Männer

... UND BRAUCHT IMMERFORT

FREIHEITSDURST

der 12. Bertolt-Brecht-Abend
zum 60. Jahrestag der Befreiung

... ER HAT VORSCHLAGE GEMACHT...

der 13. Bertolt-Brecht-Abend zur gleichnamigen CD
aus Anlass seines 50. Todestages
im Auftrag des Berliner Literatur-Forums
im Bertolt-Brecht-Haus

HEINRICH HEINES LEBENSAFHAHRT

der 2. Heinrich-Heine-Abend

ZUM BEISPIEL DAS GRAS

der „grüne“ Brecht
in Gesprächen über Bäume, Bäche und Buckow
in Gesängen über Gummi, Geier und Gänse
der 14. Brecht-Abend

MY BEST OF BB

der 15. Brecht-Abend

mit Pietschs Brechtischen Lieblingsliedern und -Geschichten

**DIE COURAGEFIGUR HELLIS,
JETZT HERRLICH, VON GROSSER KÜHNHEIT**

der 2. Helene-Weigel-Abend
zum 60. Jahrestag der Premiere von
„Mutler Courage und ihre Kinder“

DAS LEBEN SPIELEN,

NICHT AN BEIFALL DENKEND

Ein Abend zum Thema „Kunst über Kunst“

Kontakt:

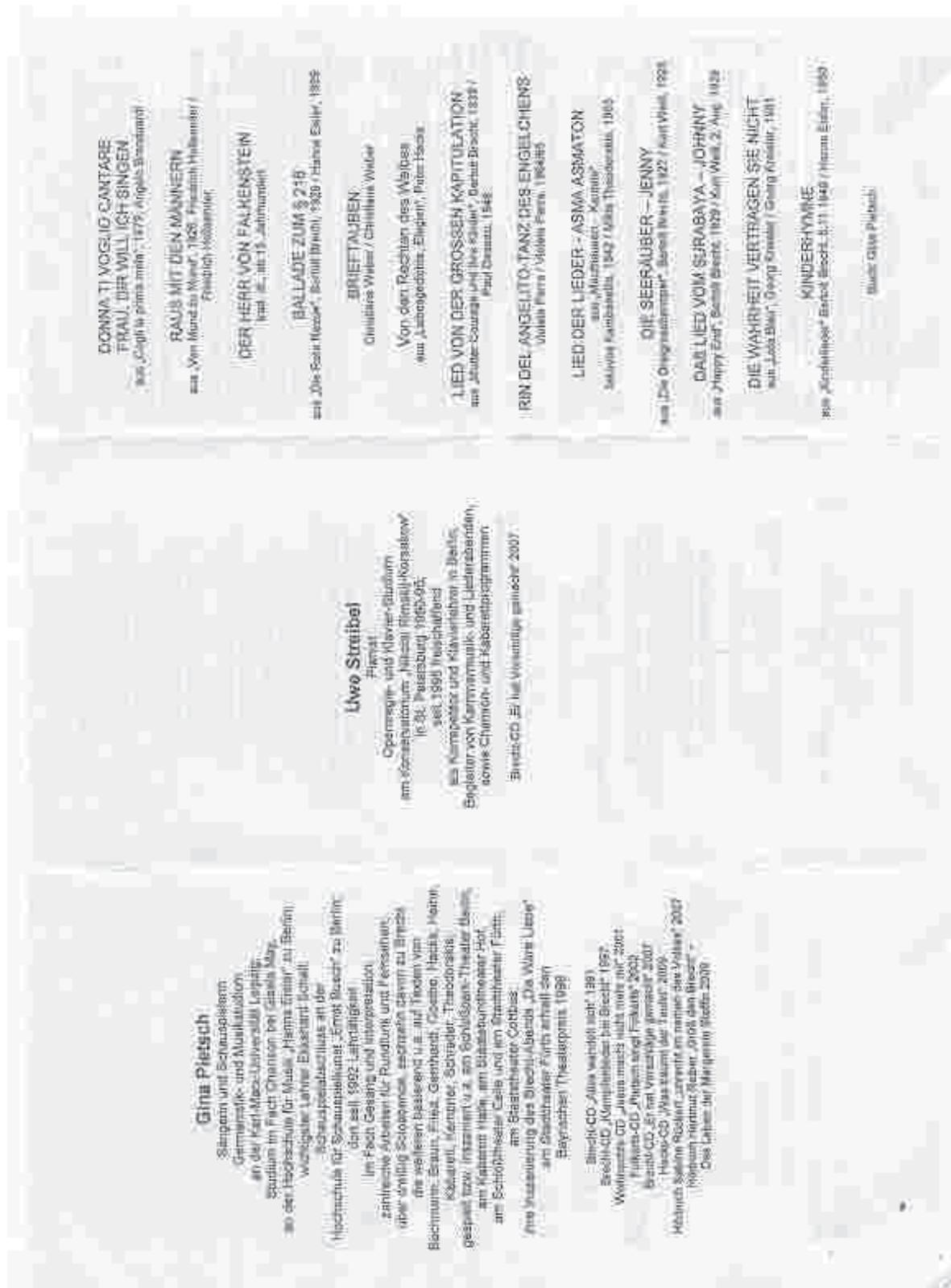
Dr. Gerd Belukus, Artzoblenstr. 2, 10965 Berlin
FON: 030 - 4 93 40 41
FUNK: 01522 - 1 96 88 43
ginapietsch@yahoo.de

www.ginapietsch.de

**Gina Pietsch
&
Uwe Streibel**

**Wenn du
stolperst,
Schwester,
ich halt dich**

Ausschnitte aus dem Abend
mit Frauenliedern
aus sechs Jahrhunderten
und sieben Ländern
für Frauen und Männer
und Frauen



Notizen

